



Barthle-Brief

Nr. 35

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

13.5.2011

Thema der Woche:

Parlament nimmt seine Rechte im Fall Portugal wahr Hilfen für Portugal zur Euro-Stabilisierung im Deutschen Bundestag

Die von der Portugiesischen Republik beantragten Hilfen zur Euro-Stabilisierung wurden in dieser Woche sowohl im zuständigen Haushaltsausschuss als auch im Plenum des Deutschen Bundestages beraten. Die EU-Kommission legte dafür zuvor dem Bundesfinanzministerium Dokumente zum Hilfsantrag Portugals vor. Um Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus herzustellen, wurden diese EU-Dokumente dann nach intensiver und kritischer Prüfung durch das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages übermittelt.

Was hat Portugal genau beantragt: Auf Grund ihrer Liquiditätskrise hat die Portugiesische Republik am 7. April 2011 offiziell Finanzhilfe im Rahmen eines gemeinsamen EU-IWF-Programms beantragt. Der Entwurf des Programms wurde von einer Mission von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor Ort mit der portugiesischen Seite ausgehandelt. Vorgesehen ist ein Programm in Höhe von insgesamt 78 Milliarden Euro. Ein Drittel der externen Finanzhilfen sollen durch den IWF, zwei Drittel durch Mittel aus dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) bereitgestellt werden. Das vorgesehene Hilfspaket soll über drei Jahre bis 2014 laufen. In dieser Periode wird Portugal zwei Jahre lang nicht mehr auf die Kapitalmärkte angewiesen sein. Im dritten Jahr soll Portugal sukzessive an die Märkte zurückgeführt werden.

Die vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen Portugals erstrecken sich zu zwei Dritteln auf Ausgabenenkungen und zu einem Drittel auf Einnahmesteigerungen einschließlich erheblicher Privatisierungsmaßnahmen.

Für die Unionsfraktion sind diese Maßnahmen unverzichtbare Voraussetzung für die Hilfe. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Barthle erklärte dazu: „Die Euro-Stabilisierung ist im ureigenen Interesse Deutschlands, seiner Wirtschaft und damit der gesamten Gesellschaft. Daher werden wir sehr intensiv und kritisch die Details der beantragten Hilfen für Portugal beleuchten und prüfen.“ Er führte weiter aus, dass insbesondere die Konditionalität der Hilfen, also die dem hilfeschuchenden Portugal auferlegten Konsolidierungsmaßnahmen, in jedem Fall eingehalten werden müssten. „Das sind wir dem deutschen Steuerzahler schuldig“, so Barthle. Trotz der zeitlichen Enge lasse sich der Haushaltsausschuss ausführlich unterrichten, bevor das für das weitere Regierungshandeln notwendige Einvernehmen hergestellt werde, betonte er weiter. „Für uns Unions-Haushälter ist klar: Auch beim künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) muss ein Verfahren gefunden werden, mit dem die Parlamentsrechte gewahrt bleiben. Dies ist eine Selbstverständlichkeit. Dass dies mit gutem Willen geht, zeigt der aktuelle Fall Portugal. Über die Details der künftigen Parlamentsbeteiligung werden wir uns aber noch verständigen müssen.“

Hintergrund: Da der Europäische Rat bereits am 17. Mai 2011 den formalen Beschluss über den Vorschlag der Europäischen Kommission zum Hilfspaket treffen wird, ist dem Deutschen Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, bevor die Bundesregierung an dieser Entscheidung im Rat mitwirkt. Mit dem Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP, der in dieser Woche mehrheitlich angenommen wurde und der die Bundesregierung auffordert, dem Vorschlag der Kommission zur Portugalhilfe im Europäischen Rat zuzustimmen, hat das Parlament seine Rechte bei dieser zentralen Entscheidung wahrgenommen.

Stuttgart 21 braucht objektiven Stresstest

An diesem Donnerstag wurde die neue Landesregierung in Baden-Württemberg gebildet. Mit Winfried Hermann wird erstmals ein Vertreter der Partei Verkehrsminister im Land, die das Projekt ablehnt. Dazu erklärte der Stuttgarter Abgeordnete Stefan Kaufmann: „Die grün-rote Koalition in Baden-Württemberg ist schon bei Amtsantritt gespalten: Beide Parteien sind sich uneins, ob Stuttgart 21 gebaut werden soll oder nicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion selbst scheut weder das Ergebnis des Stresstests noch eine Volksabstimmung in Baden-Württemberg. Wir glauben: Infrastrukturprojekte dieser Größe müssen in Deutschland möglich sein. Wir unterstützen dieses wichtige und sinnvolle Projekt, das durch gesetzlich geregelte Verfahren, demokratische Willensbildung auf mehreren parlamentarischen Ebenen und durch rechtskräftige Urteile legitimiert ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Ergebnisse des Stresstests für den unterirdischen Bahnhof abwarten, bevor nächste Schritte diskutiert werden. Schon jetzt ist jedoch klar: Der Stresstest muss sich auf Fakten beziehen – damit wir auch wirklich ein verwertbares Ergebnis bekommen. Stuttgart 21 ist – vor allem auch durch das Schlichtungsverfahren – das transparenteste deutsche Infrastrukturprojekt. Solche großen Projekte brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung. Deshalb fordern wir die Deutsche Bahn AG auf, weiterhin offen mit den Fakten für dieses Projekt umzugehen und besonders auch die Ergebnisse des Stresstests offen mit Befürwortern und Gegnern zu diskutieren. Nur so können wir die Konflikte bei diesem Projekt überwinden.“ Hintergrund: Der so genannte „Stresstest“ soll die Leistungsfähigkeit des geplanten unterirdischen Bahnhofs prüfen. Dafür wird der Verkehr durch diesen Bahnhof nach einem konstruierten Fahrplan simuliert und ausgewertet. Zum Beispiel wird geprüft, wie sich Verspätungen auswirken und wie viele Züge der Bahnhof zu Spitzenzeiten bewältigen kann. Ergebnisse des Stresstests sollen im Juli vorliegen.

Situation der Sinti und Roma verbessern

Sinti und Roma sind europaweit Intoleranz und Vorurteilen ausgesetzt. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Situation der Sinti und Roma in Europa verbessern“, der in

dieser Woche in erster Lesung beraten wurde, unterstützen die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung in ihrem bisherigen Engagement für die Integration der größten europäischen Minderheit. Unter anderem wird die Bundesregierung aufgefordert, weiterhin auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch die Beitrittskandidaten und potentiellen Beitrittsländer der EU im Hinblick auf die Wahrung insbesondere der Minderheitenrechte zu bestehen sowie auch zukünftig in Gesprächen mit Roma-Vertretern darauf hinzuwirken, dass innerhalb ihrer Gemeinschaft die Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte der Frauen und Kinder, zu gewährleisten ist.

Maritime Wirtschaft ist nationale Aufgabe

Anlässlich der Vorlage des Zweiten Berichtes der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche in erster Lesung den Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Die Zukunftsfähigkeit der maritimen Wirtschaft als nationale Aufgabe“ beraten. Mit dem mehrheitlich beschlossenen Antrag stellte der Deutsche Bundestag unter anderem fest: „Deutschland verfügt über die drittgrößte Handelsflotte der Welt. Bei Containerschiffen belegt Deutschland Platz 1. Der deutsche Schiffbau nimmt in technologischer Sicht eine Spitzenstellung ein. Beim Spezialschiffbau ist Deutschland Marktführer. In der verarbeitenden Industrie ist jeder zweite Arbeitsplatz vom Export abhängig und damit von einer funktionierenden maritimen Wirtschaft.“ Der Deutsche Bundestag begrüßt die schnelle Reaktion der Bundesregierung auf die Herausforderungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere die Einrichtung eines Kredit- und Bürgschaftsprogramms im Rahmen des „Wirtschaftsfonds Deutschland“, von dem die maritime Wirtschaft mit 1,3 Milliarden Euro profitiert.

Zitat (besser: Klops der Woche!)

„Mein Ministerium wäre dann sicher nicht das ideale Haus, um Stuttgart 21 positiv zu begleiten. Das müssten dann andere machen.“

Baden-Württembergs neuer Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) für den Fall, dass S21 nach Stresstest und geplanter Volksabstimmung doch realisiert werden sollte.